

02.10.2015
179b

PRESSEMITTEILUNGEN
DER DEUTSCHEN
BISCHOFSKONFERENZ



Es gilt das gesprochene Wort!

Statement
des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz,
Kardinal Reinhard Marx,
beim Pressegespräch zur Vorstellung der
Gemeinsamen Ökumenischen Feststellung zum Abschluss
der Ökumenischen Sozialinitiative am 2. Oktober 2015 in Berlin

Als unsere beiden Vorgänger, Erzbischof Zollitsch und Präses Schneider, am 28. Februar 2014 unter dem Titel „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“ die Ökumenische Sozialinitiative der Öffentlichkeit vorgestellt haben, ist dies auf eine große öffentliche Resonanz gestoßen. Dies ist ein deutliches Zeichen, dass es in der Öffentlichkeit nach wie vor ein hohes Interesse an der sozialetischen Positionierung der Kirchen gibt.

Mit der Einladung zur anschließenden Diskussion über die Ökumenische Sozialinitiative haben die Kirchen ein neues Verfahren gewählt, das oft mit dem Konsultationsprozess des Gemeinsamen Wortes der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage von 1997 verglichen worden ist. Es ging uns aber gerade darum, diese Konsultation nicht einfach zu wiederholen. Das hat in den Kirchen vielfach zu Enttäuschung und Kritik geführt. Stattdessen haben wir uns entschieden, die sozialetischen Thesen zur gesellschaftlichen und sozialen Situation in unserem Land in anderer Weise zur Diskussion zu stellen. Dazu haben wir an die Veröffentlichung unseres Textes eine Diskussionsphase angeschlossen, in der verschiedene gesellschaftliche Kräfte und kirchliche Verbände ihre Positionen in eine Debatte über die gerechte Gestaltung unserer Gesellschaft einbringen konnten. Zudem haben wir im Sommer 2014 einen großen Kongress in Berlin abgehalten, bei dem wir unsere Thesen mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft debattiert haben. Zahlreiche kürzere Kommentare, längere Gastbeiträge, prominente Testimonials und andere Rückmeldungen sind über die eigens eingerichtete Homepage www.sozialinitiative-kirchen.de sowie direkt bei uns eingegangen. Es war ein wichtiger Schritt, eine solche Kommentierungsfunktion unseres Textes im Internet zu ermöglichen. Hinter dieses Verfahren der öffentlichen und vor allem auch kirchenöffentlichen Diskussion ihrer Sozialverkündigung kommen die Kirchen nicht zurück. Dies ist ein Erfolg dieses Prozesses.

Kaiserstraße 161
53113 Bonn
Postanschrift
Postfach 29 62
53019 Bonn

Tel.: 0228-103 -214
Fax: 0228-103 -254
E-Mail: pressestelle@dbk.de
Home: www.dbk.de

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischofskonferenz

Dass die Diskussion über die Ökumenische Sozialinitiative nicht die gleiche Aufmerksamkeit gefunden hat wie der Konsultationsprozess 1997 hängt aber vor allem mit den politischen und gesellschaftlichen Umständen zusammen. Während wir in den späten 1990er Jahren einem politischen Reformstau gegenüberstanden, der auch in eine Situation parteipolitischer Polarisierung geführt hat, befinden wir uns derzeit in einer wirtschaftlichen Hochphase, die politisch in einer großen Koalition aufgefangen wird und nicht zu besonders kontroversen Debatten führt. Die Koalition hat nach ihrem Amtsantritt in kurzer Zeit den Mindestlohn und das Rentenpaket verabschiedet; seitdem ruht die sozialpolitische Debatte in Deutschland. Unser Ziel war es jedoch, in dieser Zeit mit einer für unser Land positiven Entwicklung den Finger in die Wunde zu legen und auf bestehende Fehlentwicklungen hinzuweisen. Denn nach wie vor nutzen wir den konjunkturellen Trend zu wenig, um auf die von dieser positiven Entwicklung Ausgeschlossenen zuzugehen und sie in Arbeit und Gesellschaft zu integrieren. Deshalb hat sich die Sozialinitiative besonders der Perspektive der Langzeitarbeitslosen gewidmet. In diesem Sinne entsprach die Ökumenische Sozialinitiative ganz der Aufforderung von Papst Franziskus, an die Ränder der Gesellschaft zu gehen.

Darüber hinaus haben wir langfristige Fragen angesprochen, die noch nicht hinreichend in unserer Politik Berücksichtigung finden. Dies gilt zum einen für das Thema Generationengerechtigkeit und zum anderen für die Frage ökologischer Nachhaltigkeit in unserer Wirtschaftsordnung. Wir haben unterstrichen, dass die konfliktreiche Zielpluralität einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft darin besteht, ökologische Verantwortung mit dem Prinzip der marktwirtschaftlichen Freiheit und dem sozialen Ausgleich zu verbinden. Dass die ökologische Herausforderung und die sozialen Fragen ineinandergreifen und nicht getrennt voneinander gesehen werden können, hat Papst Franziskus auch in der Enzyklika *Laudato si'* deutlich gemacht. Deshalb muss die Gestaltung einer gerechten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung beide Ziele miteinander verbinden.

Von den langfristigen Herausforderungen unserer Sozialordnung ist auch der Text der Gemeinsamen Ökumenischen Feststellung geprägt, den wir heute zum Abschluss der Ökumenischen Sozialinitiative vorlegen. Wir wollen neue Entwicklungen ansprechen, aber wir wollen auch eine Bilanz der Rückmeldungen ziehen und Fragen stellen, die im Rahmen der Sozialinitiative bislang noch nicht in ausreichendem Maße behandelt wurden. Das Signal, das von der Veröffentlichung der Gemeinsamen Ökumenischen Feststellung heute ausgehen soll, ist: Die Kirchen bleiben dran an den gesellschaftlichen und sozialen Fragen. Wir sind dankbar für alle Beiträge, die uns erreicht haben – ganz gleich ob unterstützend oder kritisch. Sie alle haben uns ermutigt, unseren gesellschaftlichen Auftrag weiter wahrzunehmen und unsere Stimme weiter in die politischen Debatten über die Gestaltung einer gerechten Gesellschaft einzubringen. Die Herausforderungen sind groß. Die Kirchen wollen ihren Beitrag leisten und stellen sich mit ihrer Soziallehre auch in Zukunft in den Dienst des Gemeinwohls.